Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Mortt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 299. Halle, Mittwoch, den 30. Juni 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Die Zukunftsentwicklung der deutschen Produktion.

Deutschland hat keine Kolonien mehr. Deutschland hat seine Handelsflotte verloren. Der heimlich fortwirkende Boykott gegen den deutschen Handel gefährdet Deutschlands Rohstoffversorgung auch dort, wo Rohstoffe noch auf dem Markte sind. Allen diesen wohlbegründeten Einwendungen gegen den Friedensvertrag von Versailles, die nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von verständigen Engländern, Italienern und Neutralen erhoben werden, antwortet in der Presse der Alliierten der Ruf: Deutschland soll arbeiten.

Der Grundgedanke des Vertrages von Versailles und seiner wirtschaftlichen Bestimmungen ist ohne Zweifel der, daß Deutschland der Lohnarbeiter der ganzen Welt werden soll. Denn wenn man Deutschland die Grundlagen der Rohstoffversorgung, Kolonien und Handelsflotte nimmt, so macht man es ihm unmöglich, seine Industrie in der alten Weise fortzuführen, und seine industrielle Weltgeltung als selbständiger Versorger der Völker mit Industriewaren wie Maschinen, Textilwaren usw. aufrecht zu erhalten. Man will den deutschen Fabrikanten dafür Rohstoffe zur Verarbeitung übergeben, d. h. die amerikanischen, englischen und französischen Unternehmer wollen die Verarbeitung ihrer Rohstoffe den deutschen Fabrikanten und Arbeitern gegen Bezahlung in Auftrag geben.

Der frühere Wirtschaftsminister Wissell, der sicherlich in höherem Sinne ein Fachmann der Wirtschaft war, als sein jetziger Nachfolger Scholz, auch wenn er nicht immer auf den richtigen Bahnen wandelte, hat die Befürchtung ausgesprochen, daß Deutschland auf diesem Wege zum „Heimarbeiterdorfe der Welt" werden würde. Der Vergleich paßt auch insofern, als dann die deutschen Unternehmer keine andere Funktion mehr ausüben würden, als die der Zwischenmeister, die die Arbeit, die ihnen im Ganzen zur Ausführung übergeben wird, lediglich verteilen, kontrollieren und wieder abliefern. Die deutsche Industrie und in mindestens dem gleichen Maße der deutsche Großhandel würden damit ihre Selbständigkeit und die hohe Wirtschaftsstellung, die sie vor dem Kriege einnahmen, einbüßen müssen. Gegen dieses ihnen zugedachte Schicksal werden die deutschen Unternehmer sich natürlich wehren, soweit es in ihren Kräften steht, aber freilich beileibe nicht auf den Wegen, die Wissell ihnen weisen will. Es wäre durchaus verkehrt, wenn die deutsche Industrie den ihr angesonnenen Arbeitsdienst für das Ausland stolz ablehnen würde, oder wenn gar auf dem Verordnungswege, wie Wissell, der Freund der Wirtschaftsregelung um jeden Preis, es im Auge hat, den deutschen Unternehmern vorgeschrieben würde, welche Art von Arbeit für das Ausland sie übernehmen sollen und welche nicht. Arbeit schändet nicht, bleibt auch hier der allein richtige Standpunkt. Der Arbeitslose, der in der Not jede lohnende Arbeit annimmt, die sich ihm bietet, wird es in der Regel weiter bringen als derjenige, der sich zu eng an den Ehrenstandpunkt seiner Zunft hält. In dieser Lage des Arbeitslosen aber befindet sich heute die deutsche Wirtschaft. Mit gutem Recht weist einer der bekanntesten Führer der deutschen Industriellen, Generaldirektor Brückmann, in einem recht lesenswerten Aufsatz der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" darauf hin, daß Deutschland gar nicht anders kann, als jede sich ihm bietende Arbeit anzunehmen, wenn sie dazu hilft, unsern Ernährungszustand aufrecht zu erhalten. Unsere allerefte Sorge muß es sein, sagt Brückmann, daß alle deutschen Schlote erst einmal wieder rauchen, damit es möglich wenig Arbeitslose mehr gibt. Aus dem gleichen Grunde tritt Direktor Brückmann auch für die Heranziehung ausländischen Kapitals zu den deutschen Unternehmungen ein, natürlich unter dem nötigen Schutz gegen Ueberfremdung.

Es ist ein interessantes Schauspiel, hier einen hervorragenden deutschen Industriellen den Standpunkt der Arbeit vertreten zu sehen, gegenüber einem sozialistischen Arbeiterführer, der in übergroßem Sozialisierungseifer die Tatsache vergißt, daß wir noch immer in einer kapitalistischen Welt leben, in der wir eben ausländisches Kapital und ausländische Arbeitsaufträge nehmen müssen, wenn sie das inländische Wirtschaftsleben nicht mehr in für die Beschäftigung und Ernährung eines 60-Millionen-Volkes ausreichender Menge selbst zu erzeugen vermag. Deutschlands Industrie gleicht einem Fabrikanten, dessen Unternehmen an äußeren Umständen zugrunde gegangen ist, und der nun im Dienste anderer von neuem beginnen muß, sich eine Existenz aufzubauen, die ihn später wieder zu wirtschaftlicher Selbständigkeit führen soll. In solcher Lage gilt für das ganze Volk wie für den Einzelnen nur die eine Parole: Arbeiten und nicht verzweifeln. Nur dieser Standpunkt gewährleistet dem Gescheiterten eine bessere Zukunftsentwicklung.

Vormarsch des Bolschewismus?

Seit etwa 4 Wochen verkünden die Moskauer Funksprüche, der bolschewistische Angriff gegen Polen werde neu losbrechen. Nun ist die große Offensive der Russen Tatsache geworden, doch man glaubt nicht an den Erfolg. Moskau behauptet, die 3. polnische Armee bestehe überhaupt nicht mehr, die 2. polnische Armee sei außer Gefecht gesetzt und die 5. polnische Armee befinde sich im Rückzug. Die Warschauer Regierung dagegen funkt, das sei alles nicht wahr. Es hätten zwar heftige Kämpfe stattgefunden und diese seien besonders am Prigjet gut verlaufen. Die Niederlage in der Gegend von Kiew sei nicht so schwer, daß man von einem polnischen Zusammenbruch reden könne. Was ist nun richtig? Wären die Telegraphenverhältnisse nicht so furchtbar zerrüttet, wären nicht die Kriegsmauern immer noch zwischen den Völkern aufgerichtet, so hätte man schon längst Klarheit über die Lage in Polen. Trotz der Bemäntelungen scheint die polnische Regierung die wirkliche Gefahr zu kennen. Aus Warschau kommende Reisende erzählen, daß dort durch Maueranschläge die letzten Reserven kriegsgedienter Unteroffiziere und Mannschaften zur Einrückung aufgefordert werden. Den Grundstock des polnischen Heeres bilden ja immer noch Freiwilligenformationen, ausgerüstet mit — gestohlenem — deutschen Material an Geschützen, Maschinengewehren, Flugzeugen und Uniformen. Was haben die Herren Polen nicht alles im Posenschen erbeutet! Seit ungefähr einem Jahr wird die polnische Armee durch Zwangsaushebung verstärkt und nach deutschem Muster von ehemaligen russischen und österreichischen Offizieren ausgebildet. Der chronische Krieg trotz aller Friedensverträge! Trotzdem ist das ganze polnische Volk, wie verschert wird, des Kampfes herzlich müde, und zumal die Partei des neuen Ministerpräsidenten Grabski, die Nationaldemokratie, tritt offen für eine Verständigung mit Rußland ein. Daraus ergibt sich der Rückschluß auf die weitere Entwicklung des polnisch-russischen Feldzuges von selbst. Man wird rasch Frieden machen. Es fragt sich nun, ob Polen, das als Damm gegen Rußland versagt, nun etwa zur Brücke des Bolschewismus wird? Die englische und französische Presse verdächtigt ja immer wieder Deutschland der heimlichen Bundesgenossenschaft mit dem Bolschewismus und daher stammt auch die militärische Unterstützung Polens durch die Entente im Kampfe gegen Rußland. In der Hoffnung auf die polnische Widerstandsfähigkeit oder gar Immunität gewährte man den Polen eine politische Bevorzugung, die sonst durch ihre innere Kreditfähigkeit wohl nicht gerechtfertigt wäre. Aber stützt sich da die Entente nicht auf einen Stab, in dessen Holze schon der Wurm sitzt? Die politischen und organisatorischen Träger der bolschewistischen Bewegung in Polen sind die Kommunisten. Ihre Partei ist durch die Verschmelzung zweier Parteien, der S. D. K. P. L., der Socjal-Demokratja Krolestwa Polskiego i Litwy, aus der auch Rosa Luxemburg hervorgegangen ist, und der linken P. P. S. entstanden. Ihr steht die frühere P. P. S. frakcja revolucyjna als einzige sozialdemokratische Partei Polens gegenüber. Programmatisch sind die P. P. S. und die Kommunisten voneinander ebenso scharf geschieden wie die Mehrheitssozialisten und die Kommunisten in Deutschland. Immerhin hat aber auch das Programm der P. P. S. auf dem letzten Parteitag in Krakau, auf dem sich die drei Parteien in Galizien, Kongreßpolen und Posen organisatorisch zu einer Einheit zusammengeschlossen haben, eine gewisse Radikalisierung erfahren. Die P. P. S. will zwar nach wie vor die sozialistische Regierung auf den Sejm, die Nationalversammlung stützen, sie verlangt aber doch auch, daß die Arbeiterräte „tätigen" und manchmal auch führenden Anteil an der Umgestaltung und Liquidierung der kapitalistischen Gesellschaft nehmen." Die Entwicklungsmöglichkeiten des polnischen Bolschewismus sollen also nicht übersehen werden. Die Hauptmasse der polnischen Bevölkerung bilden, wie im ganzen Gebiet des ehemaligen russischen Reiches, die sehr bodenarmen Bauern. Sie haben mit ihren russischen Klassengenossen den Hunger nach Ackerboden und den Haß gegen die Gutsbesitzer gemeinsam. Während aber der russische Bauer seinen Bodenhunger schon während der Februar-Revolution gestillt hat und von diesem Augenblick an radikalen Störungen, die seinen Besitz bedrohen, feindlich gegenübersteht, sind die Wünsche der polnischen Bauern noch nicht befriedigt worden. Er möchte die Bodenfrage über Nacht gelöst sehen, und hat daher kein Vertrauen zu der gemäßigten Richtung. Das macht ihn der bolschewistischen Agitation äußerst zugänglich, und man darf die Bauern im Augenblick in ihrer Mehrzahl für bolschewistienfreundlich halten, die Gefahr, daß, wenn die polnische Armee zusammenbricht, der Bolschewismus in Polen seinen Einzug hält, steht vor der Tür. Was gedenken die Alliierten dann zu tun, um ihren deutschen Friedensschuldner vor weiterer Ansteckung zu bewahren?

Gegen Lebensmittelnot und Teuerung.

Würzburg, 29. Juni. Einer Privatmeldung zufolge kam es gestern abend hier zu schweren Lebensmittelunruhen. Die Reichswehr besetzte das Rathaus, und die Menschenmenge wurde aufgefordert, den Platz zu räumen. Als dies nicht geschah wurde gefeuert. Es soll mehrere Tote und Verwundete gegeben haben. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Die Ansammlungen dauern noch heute an.

Cuxhaven, 29. Juni. Am Abend kam es wieder zu Plünderungen, die Polizei war machtlos. Die zu Hilfe herbeigerufene Küstenwehr griff nicht ein. Heute forderte das Gewerkschaftskartell in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei und verbürgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Mainz, 29. Juni. Der gestrige Tag ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für das Obst protestiert und einen Anbau- und Lieferungsstreik angekündigt. Die Stadt Mainz hat anläßlich der Lebensmittelkrawalle an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, der weiteren Verteuerung der öffentlich verwalteten Lebensmittel Einhalt zu tun. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise und Abschaffung der Zuschläge auf manche Lebensmittel und Bedarfsartikel zu den tatsächlichen Entstehungskosten verlangt.

Neubesetzung des Pressechefpostens bei der Reichsregierung.

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der Nachfolger Ulrich Rauschers auf den Posten des Pressechefs bei der Reichsregierung noch nicht bestimmt. Man sieht als Anwärter für diesen Posten den Geheimen Legationsrat im Auswärtigen Amt Heilbronn und den Zentrumsjournalisten Eggbring an.

Keine Kohlen an Ungarn und Polen.

Das Organ der oberschlesischen Mehrheitssozialisten, der in Gleiwitz erscheinende Volkswille, bringt einen interessanten Aufruf an die oberschlesischen Arbeiter, in dem sie aufgefordert werden, keine Kohlenlieferungen an Ungarn und Polen zuzulassen. Die interalliierte Kommission in Oppeln habe die gesamte Kohlenausfuhr aus Schlesien nach dem Deutschen Reiche so gut wie verboten, dagegen für Ungarn und Polen größere Quantitäten zur Ausfuhr freigegeben. Es sei Pflicht aller Arbeiter, Angestellten und Beamten dies unter allen Umständen zu verhindern. „Den beiden Ländern würden die Kohlen nur als Mittel dienen, Werkzeuge zum Krieg gegen Eure eigenen Klassengenossen wie gegen Deutschland herzustellen." — Dieser Aufruf dürfte, wenn er befolgt wird, folgenschwere Weiterungen haben.

Neues vom Völkerbund.

Rotterdam, 29. Juni. Auf dem demokratischen Kongreß nannte der zeitweilige Vorsitzende Gummings in seiner Eröffnungsrede die Völkerbundesatzungen die Monroelehre der Welt. Die Ablehnung des Friedensvertrages durch den Senat bilde die schwärzeste Seite der amerikanischen Geschichte. Als Nichtmitglieder des Völkerbundes stellte er zusammen das revolutionäre Mexiko, das bolschewistische Rußland, die jämmerliche Türkei und die Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 29. Juni. Die „Times" melden aus Warschau, daß dort ein Bericht eingetroffen sei, der Völkerbund beabsichtige, in der polnisch-russischen Frage zu intervenieren. Dieser Schritt würde in Polen mit Freuden begrüßt werden, da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung den Frieden herbeisehne, wenn er auf ehrenvolle Weise erreichbar sei.

Der französische Abgeordnete Tardieu über die Friedensbedingungen.

Paris, 26. Juni. In der gestrigen Kammersitzung erklärte Abgeordneter Tardieu, daß zu Beginn der Friedensverhandlungen im Januar 1919 als Friedensbedingungen für Deutschland hätten aufgestellt werden sollen: Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund; keine interalliierte Besetzung der Rheinlande, höchstens eine französische Besetzung für die Dauer von 18 Monaten; die Kohlengruben im Saarbecken sollten nicht in den Besitz Frankreichs übergehen, auch die Bevölkerung im Saargebiet sollte keinem besonderen Regime unterworfen werden; Deutschland sollte nur 40 Prozent aller Schäden an Menschen und an Gütern zahlen; nach 30 Jahren sollte es frei von allen Lasten sein, außerdem sollte ihm die Berechtigung zugestanden werden, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen; Oesterreich sollte frei darüber Beschluß fassen können, ob es sich mit Deutschland vereinigen wolle. Das alles habe Clemenceau verhindert. — Auch hieraus erkennen wir, daß wir weiter gekommen wären, wenn wir s. Zt. in Versailles nicht unterschrieben hätten. Die Red.

Besoldung der Volksschullehrer.

Das neue Diensteinkommensteuergesetz für die Volksschullehrer ist der Preußischen Landesversammlung zugegangen. Das Gesetz tritt an die Stelle des Anfang Mai verabschiedeten Notgesetzes. Während das Notgesetz nur die Gehaltsfragen regelte, schafft das neue Gesetz auch für die übrigen unbestrittenen Fragen eine Neuregelung. Die Gehaltsfragen bleiben unberührt (6200 bis 9300 Mk. gleich den Beamten in Gruppe 7). Neu geregelt wird folgendes:

Der Ortszuschlag beträgt bei bis 7000 Mk. Grundgehalt in Ortsklasse A 3000, B 2400, C 2000, D 1700, E 1400 Mk.; bis 8100 Mk. Grundgehalt: 3000, 2800, 2300, 1950, 1600 Mk., über 8100 Mk. Grundgehalt: 4000, 3200, 2600, 2200, 1800. Verheiratete Lehrerinnen erhalten den Ortszuschlag zur Hälfte. Dienstwohnungen werden mit 30 Prozent angerechnet. Ferner wird bestimmt, daß den Landlehrern Hausgarten und Landnutzung zusteht. Bei Verbindung von Schul- und Kirchenämtern werden Stellenzulagen gewährt. Die Leiter von Schulen mit sechs und mehr Klassen erhalten Amtszulagen von mindestens 1200 Mk. (Leiterinnen 1080 Mk.) Die bisher gewährten Naturalleistungen werden beibehalten, Anrechnung auf das Diensteinkommen ist zulässig. Das Besoldungsdienstalter der endgültig angestellten Lehrer beginnt mit dem Zeitpunkte der endgültigen Anstellung im öffentlichen Volksschuldienste, die nicht vor dem Beginn des 27. Lebensjahres erfolgen darf. Dienstzeiten an Privat- und Auslandsschulen werden angerechnet, wenn der Lehrer für jedes Jahr eine Einzahlung von 2200 Mk., die Lehrerin von 2000 Mk. an die Landesschulkasse leistet. Die anzurechnende Zeit darf acht Jahre nicht übersteigen, Militär- und Kriegsdienstzeit werden als Schuldienst gerechnet.

Das Lehrerruhegehaltsgesetz erhält die gleichen Aenderungen wie das Beamtenpensionsgesetz, es sei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200630019/fragment/page=0001

folgt mithin auch hier Gleichstellung. Das Witwengeld soll mindestens 900 Mk. im Jahre betragen. Die Vorschriften über Gnadenbezüge, Zahlungsweise des Einkommens, Umzugskosten werden den entsprechenden Bestimmungen des Beamtengesetzes angepaßt. Auseinandersetzungen zwischen Lehrern bei Stellenwechsel regelt im Bedarfsfalle die Schulaufsichtsbehörde.

Schließlich regelt der Entwurf die Aufbringung der persönlichen Unterhaltungskosten der Volksschulen und des Mehrbedarfs für die Erhöhung der Einkommen unter Aufhebung der ihm entgegenstehenden Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes. Es ist unter Auflösung der bisherigen Alterszulagen-, Ruhegehalts- und Volksschullehrer-Witwen- und -Waisenkassen die Einrichtung einer Landesschulkasse vorgesehen, die die erforderlichen Geldmittel durch Staatsbeiträge, Schulverbandsbeiträge und eigene Einnahmen erhält und die Zahlung aller Gehälter und Pensionen übernimmt. Die Staatsbeiträge werden erheblich erhöht. Der Staat zahlt alle alten Pensionen, ferner ein Viertel des Einkommens und der neuen Pensionen. Außerdem stellt der Staat ein sogenanntes Beschulungsgeld, das nach der Zahl der die Volksschulen besuchenden Kinder berechnet wird, zur Verfügung. Diese Staatsleistungen haben zur Folge, daß der Staat etwa drei Viertel der persönlichen Schulunterhaltungskosten trägt und die Gemeinden ein Viertel. Bisher war das Verhältnis umgekehrt. Die Gegenleistung ist ein größerer Einfluß des Staates auf die Besetzung der Schulstellen, eine Frage, die ebenfalls der Entwurf regelt. Anstellungsbehörde ist die Schulaufsichtsbehörde.

An die demokratischen Frauen.

Von Else Fisch, Brandenburg (Havel).

Das deutsche Volk hat gesprochen. Eine Gefühls- und Stimmungspolitik, ungehemmt durch verstandesmäßiges Denken und den Willen zu klarer Erkenntnis, hat den Sieg davon getragen und unser Vaterland in schwere Not gebracht. Müssen wir Demokraten verzagen, dürfen wir erbittert abseits stehen? Das hieße, die Fehler der Siegerparteien wiederholen. Nicht Trotz, sondern klares Denken gibt uns die Gewähr: Der Demokratie gehört die Zukunft. Darum müssen wir treulich weiterarbeiten, um an unserem Teil zu helfen, daß Deutschland die Schicksale Rußlands und Ungarns erspart bleiben. Wenn wir bedenken, wie geringfügig gegen heute die staatsbürgerliche Verantwortung des Mannes im kaiserlichen Deutschland war, wenn wir bedenken, daß die Frau bis vor anderthalb Jahren von jeder Verantwortung ausgeschlossen war und ferner beachten, mit welchen Mitteln man sie aus dem demokratischen Lager gelockt hat, dann brauchen wir nicht zu verzagen, sondern sehen unseren Weg klar vorgezeichnet:

Sittliche Verantwortung als Grundlage jeder staatsbürgerlichen Handlung und Unterlassung,

volkswirtschaftliche Bildung als Haupterfordernis jeder politischen Arbeit,

psychologisches Feingefühl als sicheren Wegweiser in allen Entschlüssen. —

Das sind die drei Haupterfordernisse unserer politischen Zukunft. Sie müssen wir pflegen in uns selbst und in allen Menschen, die in unsern Bereich treten.

Wenn wir dies ganz klar erkennen und dann mit allen Kräften des Willens, des Gemüts und des Herzens freudig ans Werk gehen, dann werden wir Demokraten trotz allem die Träger von Deutschlands Zukunft. Reichste, eigenste Frauenaufgaben liegen vor uns, in denen wir unsere heiße, schmerzenreiche Liebe zu Volk und Vaterland auswirken können. Helfe jede an ihrem Platz, daß ihre Ortsgruppe zu einer rechten Gesinnungsgemeinschaft werde. Lassen wir uns doch nicht von den Extremen übertreffen an Bekenntnisfreudigkeit, Opferwillen und Arbeitsbereitschaft für unsere gute Sache! Aber setzen wir Frauen uns auch durch in unserer Partei; vielleicht war es ein ausschlaggebender Fehler der Demokraten, daß sie die besonderen Werte der Frauennatur für das politische Leben zu gering einschätzten. Unser Deutschland ist nicht mehr Männerstaat allein; Mann und Weib stehen gleichverpflichtet nebeneinander. Klarheit und Liebe — den Einklang zu finden, ist eigenste Aufgabe der Demokratie. Keiner kann es, der Vorrecht will, keiner, den Leidenschaft umnebelt.

Gehen wir frohgemut ans Werk;
dann ist die Zukunft unser.

Deutsches Reich.

Das Disziplinarurteil gegen Dorten. Vor dem Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte des Kammergerichts unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Mügel fand die Verhandlung gegen den aus den rheinischen Umtrieben bekannten Staatsanwalt am Landgericht 3 Berlin Adam Dorten statt. Der zum Präsidenten der Rheinischen Republik bestimmte Staatsanwalt hatte sich unerlaubt aus Berlin entfernt und ist nicht wieder hierher zurückgekehrt. Zum Termin war Dr. Dorten, der jetzt in Wiesbaden wohnt, nicht erschienen. Er wurde von Rechtsanwalt Dr. Alsberg vertreten. Der Disziplinarhof erkannte auf Entfernung vom Amte. Dorten hatte inzwischen schon brieflich mitgeteilt, daß er freiwillig aus dem preußischen Justizdienst ausgeschieden sei.

Keine Ausfuhr von deutschem Zucker. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft schreibt dem Neuen Polit. Tagesdienst: Von dem englischen Handelsministerium ist Anfang Mai 1920 eine Statistik über die englische Ein- und Ausfuhr für die ersten vier Monate dieses Jahres veröffentlicht worden. In dieser Statistik ist aufgeführt, daß England in der angegebenen Zeit für 9474 Lstl. Weißzucker und für 187 926 Lstrl. Rohzucker bezogen habe. Von einem Teil der deutschen Tages- und Fachpresse ist diese Mitteilung mit nichtsbilligenden Bemerkungen in der Annahme versehen worden, daß es sich bei dem in der englischen Statistik als aus Deutschland eingeführt bezeichnetem Zucker um Zucker deutscher Herkunft handele. Dagegen muß darauf hingewiesen werden, daß die englische Außenhandelsstatistik alle Waren ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Herkunft als Ausfuhr des Landes aufführt, in dem sie zur Verladung oder Verschickung gelangen. Es kann sich nur um Zucker tschechisch-slowakischer Herkunft handeln, der auf der Elbe nach Hamburg verfrachtet und dort umgeladen ist. Eine Ausfuhr von Zucker deutscher Herkunft kommt bei der herrschenden Zuckerknappheit nicht in Frage.

Keine Verschiebung der ostpreußischen Abstimmung. Aus Warschau wird der „Frankf. Ztg." gemeldet: Der Vorschlag Polens, den Termin der Abstimmung in West- und Ostpreußen zu verschieben, wurde von den Alliierten abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt also am 11. Juli.

Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen, Steuern und Gebühren. Im „Reichsanzeiger" werden nach längerer Unterbrechung wieder die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern nachgewiesen, und zwar zunächst für den Monat Januar 1920. Besonders interessieren dürften an dieser Aufstellung die Erträge der neugeschaffenen Steuern und Abgaben. So erbrachten: die außerordentliche Kriegsabgabe für 1918 im Januar 1920 den Betrag von rund 42 Millionen, in der Zeit vom 1. April 1919 bis Ende 1919 rund eine Milliarde; die Kriegsabgabe von 1919 im Januar 1920 nur die bescheidene Summe von rund 1000 Mark, vom 1. April bis Ende schlag 40 Millionen. Die Zölle erbrachten insgesamt 145 Millionen Mark. Die Einnahmen der Reichsnotopfer sind bis jetzt 126 000 Mark eingegangen. Die Erbschaftssteuer erbrachte im Januar zirka 10 Millionen, die Grunderwerbssteuer 15 Millionen und die Besitzsteuer 12 Millionen. Die Kohlensteuer warf die achtbare Summe von 180 Millionen Mark ab und in der entsprechenden Zeit 1919 (April bis Dezember) rund 1 Milliarde. Die Biersteuer erbrachte im Januar 11 Millionen, die Weinsteuer rund 7 Millionen, die Zigarettensteuer 22 Millionen und der Kriegsaufschlag 40 Millionen Mark. Die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung belaufen sich auf 231 Millionen und in der Zeit von April bis mit Dezember 1919 auf 1,4 Milliarden. Gegenüber diesen Einnahmen ist der Stand der schwebenden Schuld recht interessant. Sie betrug am 30. April 1920 an diskontierten Schatzanweisungen 95 Milliarden, an weiteren Zahlungsverpflichtungen aus Schatzwechseln und Schatzanweisungen 13 Milliarden, aus Sicherheitsleistungen von Schatzanweisungen und Schatzwechseln 8 Milliarden, zusammen rund 117 Milliarden.

Der päpstliche Nuntius Pacelli ist Dienstag vormittag in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich der Graf Preysing und der Benediktiner Pater Wilbert. Pacelli begab sich nach der St. Hedwigs-Kirche, wo er zum Peter und Paul-Tage Messe las. Graf Preysing stattete bereits im Laufe des Vormittags dem Reichsminister des Aeußern Simons den ersten Besuch ab.

Die bürgerliche Mehrheit in Bayern. Wie aus München gemeldet wird, ist das Parteiverhältnis im bayerischen Landtag folgendes: 65 Bayerische Volkspartei, 25 Mehrheitssozialisten, 20 Unabhängige, 19 Bayerische Mittelpartei, 12 Demokraten, 12 Bauernbund, 2 Kommunisten. Die Bürgerlichen haben mit 108 Mandaten die Zweidrittelmehrheit gegenüber den 47 Stimmen der drei sozialistischen Gruppen.

Ein Zuschuß des Reiches für die Auslandshilfe. Im Notetat fordert der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft 13 025 000 Mark als Zuschuß des Reiches für die sogenannte Auslandshilfe mit der Begründung, die Bereitstellung von Reichsmitteln sei dringend erwünscht, um das großzügige Werk der Quäker nicht zu gefährden und um nicht bei ihnen den Eindruck zu erwecken, als fände ihr Hilfswerk nicht die erforderliche Unterstützung und Anerkennung der deutschen Behörden.

Berufung gegen das Marburger freisprechende Urteil. Wie aus Marburg gemeldet wird, hat der Gerichtsherr im Marburger Studentenprozeß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt.

Ausland.

Die Lohnbewegung im Ostrau-Karwiner Revier.

Mährisch-Ostrau, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen mit der Bergarbeiterorganisation im Ostrau-Karwiner Revier über die Lohnforderungen der Arbeiterschaft haben zu keinem Ergebnis geführt. Sie sollen im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag fortgesetzt werden. Dort wird auch über die neuen Forderungen der Beamten des Reviers verhandelt werden.

Patek polnischer Gesandter in London?

Warschau, 29. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Die Leitung der polnischen Delegation in Spa, wo Polen Sitz und Stimme haben soll, ist dem bisherigen Minister des Auswärtigen Patek übertragen worden. Dieser kommt an Stelle des in das Kabinett eingetretenen Fürsten Sapieha und ist als politischer Gesandter für London ausersehen.

Gute Ernteaussichten in Frankreich.

Paris, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nach dem „Exzelsior" rechnet die französische Landwirtschaft mit einer Getreideernte von über 70 Millionen Ztr. Frankreich kann auf eine so reiche Ernte rechnen, wie sie niemanden in Erinnerung ist. Im vorigen Jahre betrug die Getreideernte 40 Millionen Zentner. Der Vorkriegsbedarf des Landes betrug 90 Millionen Zentner einschließlich des Saatgutes.

Der Kampf gegen die türkischen Nationalisten.

London, 29. Juni. Reuter. „Evening News" meldet aus Konstantinopel, am Freitag sind griechische Truppen in Panderma an der Südküste des Marmara-Meeres gelandet worden, um die Dardanellengegend von den Nationalisten säubern zu helfen.

Verbot der Ausfuhr amerikanischer Kohle nach Europa.

Paris, 29. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der „Information" wird aus New York gemeldet: Der Senatsausschuß für Handel hat die Ausfuhr von Kohle nach Europa verboten. Das gilt besonders für die Bunkerkohle. Die Vorräte sollen für die Bevölkerung von Neu-England verwendet werden, bei den ein außerordentlicher Mangel an Heizmitteln herrscht.

Rücktritt des persischen Kabinetts.

Paris, 29. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Londoner Meldung soll das persische Ministerium zurückgetreten sein. Man spricht von Mustaphi als kommenden Minister. Diese Ernennung zum Ministerpräsidenten ist deshalb sehr bedeutungsvoll, da Mustaphi als Gegner des englisch-persischen Abkommens gilt.

Die letzten Stunden des ermordeten Präsidenten von Mexiko.

Die letzte Meldung, die der inzwischen verstorbene mexikanische Berichterstatter der „Daily Mail", Kapitän Joseph Vereyn, seinem Blatte gekabelt hat, galt der Uebermittelung des ausführlichen Berichts über die letzten Lebensstunden der ermordeten Präsidenten von Mexiko.

Neben einer Anzahl bereits gemeldeter Einzelheiten erfährt man daraus auch die bisher noch nicht bekannt gewordenen näheren Umstände, durch die es den Verschwörern möglich gemacht wurde, den Präsidenten zu beseitigen. Vor seiner Flucht aus Mexiko am 7. Mai hatte Carranza 25 bis 30 Eisenbahnzüge bereitstellen lassen, die die Minister, die Mitglieder des Kongresses mit ihren Familien und eine verläßliche Gardetruppe von etwa 7000 Köpfen unter dem Befehl des Generals Murguia, sowie die gesamte Artillerie, die Flugzeuge der Armee und den Regierungsschatz in Höhe von rund 500 000 Dollars zu befördern bestimmt waren. Die Flüchtlinge wurden beständig von revolutionären Truppen belästigt; aber der Präsident hatte beharrlich den ihm vom General Obregon angebotenen Geleitschein abgelehnt. Nachdem sie acht Tage kreuz und quer herumgefahren waren, wurden Carranzas Truppen in San Marcos von den feindlichen Streitkräften umzingelt, so daß sich am 21. Mai der Präsident genötigt sah, den Zug mit den meisten seiner Begleiter zu verlassen und die Reise ins Gebirge in Automobilen anzutreten. Der Regierungsschatz, die Artillerie und die Flugzeuge mußten allerdings zurückgelassen werden. Mit dem Präsidenten setzten der frühere mexikanische Gesandte in Washington, dem Carranzas Nachfolge in der Präsidentschaft zugedacht war, Ignacio Bonillas, sowie einige Minister und etwa 150 Soldaten die Fahrt fort. Auf dem Wege durch das Gebirge begegneten die Flüchtlinge zu ihrer nicht geringen Ueberraschung General Mariel, einem der energischsten Vorkämpfer der gegen Carranza gerichteten Bewegung, mit seinen Truppen. Bei Mariel befand sich ein Revolutionär namens Rudolfo Herrera, den er Carranza warm empfahl. Der Präsident schenkte auch Mariel sein volles Vertrauen. Herrera machte dann Carranza das Anerbieten, ihn zu einem sicheren Platz zu begleiten. Die Flüchtlinge waren zu erschöpft und verzweifelt, um dieses Anerbieten glatt abzulehnen. Herrera führte dann den Präsidenten nach Tlaxcala-Tonga, wo dieser und sein Premierminister Berlanga und zwei Offiziere der Regierungstruppen für die Nacht im Gerichtsgebäude des Dorfes untergebracht wurden. Der Präsident war von vornherein gegen Herrera mißtrauisch, und als dieser im Verlauf des Abends zu ihm kam, und erklärte, daß er ihn verlassen müsse, um seinen verwundeten Bruder zu besuchen, war es Carranza vollens klar, daß er in eine Falle gegangen war. Nach Herreras Abreise teilte Carranza seinen Verdacht seinen Begleitern mit und drang darauf, die Reise sogleich fortzusetzen und nicht eine Minute länger an einem Ort zu verweilen, der nicht zu verteidigen war. Aber die Nacht war pechschwarz und es goß in Strömen. Unter diesen Umständen war die Weiterreise über die wilden Gebirgspässe ein zu gefährliches Unternehmen, so daß man schließlich bleiben mußte. General Murguia stellte die nötigen Wachen aus, und Carranza zog sich mit seinen Begleitern zur Ruhe zurück. Kurz nachdem die Uhr der Kirche drei geschlagen hatte, hörte man draußen Schüsse fallen und Schreie laut werden: „Ergib Dich, Carranza!" Das leichte hölzerne Gebäude war von Soldaten Herreras umzingelt, die unablässig hineinfeuerten. Die eingeschlossenen Flüchtlinge waren aufgesprungen; die Wachen aber hatten, sobald die ersten Schüsse fielen, prompt Fersengeld gegeben. Murguia leistete wohl noch eine Weile Widerstand; als er aber sah, daß alle, die den Präsidenten begleitet hatten, einschließlich Bonillas, Reißaus nahmen, folgte auch er ihnen und ließ den Präsidenten allein, der von sieben Schüssen durchbohrt, schon bei der zweiten Salve tot niedersank. Das übrige, insbesondere die Ueberführung der Leiche nach Mexiko und ihre Beisetzung auf dem Armenfriedhof, ist bekannt.

Vom Frauenstudium.

Die Zahl der an sämtlichen Universitäten des Reiches eingeschriebenen Studentinnen beläuft sich z. Zt. auf 8122 gegenüber 3914 vor fünf und etwa 2000 vor zehn Jahren. Der verhältnismäßige Anteil der Frauen am Universitätsstudium ist seit 1910 von vier auf fast elf Prozent gestiegen.

In der Verteilung der Studentinnen auf die einzelnen Hochschulen kommt ein starker Zug nach den mittleren und kleinen zum Ausdruck. So haben namentlich Tübingen, Würzburg, Gießen, Rostock, Jena und Münster neuestens starken Zuzug erhalten, während Berlin, München und Heidelberg verhältnismäßig zurückgingen. Die einzelnen Ziffern sind: Berlin: 1409, München: 699, Leipzig: 527, Bonn: 502, Frankfurt: 468, Freiburg: 445, Münster: 411, Breslau: 398, Heidelberg: 391, Jena: 249, Marburg: 336, Göttingen: 316, Köln: 305, Hamburg: 300, Tübingen: 214, Würzburg: 209, Halle: 204, Greifswald: 150, Gießen: 114, Rostock: 137, Kiel: 136, Erlangen: 72.

Von den 22 Universitäten steht Halle in bezug auf die Anzahl der Studentinnen also an 17. Stelle.

„Der erschrockene Papagei".

In der letzten Sitzung der Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin gab es, wie ein Berliner Blatt berichtet, eine originelle Debatte.

Nachdem die üblichen gelehrten Vorträge gehalten worden waren, ließ eines der Mitglieder den neuen deutschen Reichsadler, den er aus einer illustrierten Zeitung ausgeschnitten hatte, durch das Epidiaskop als Lichtbild an der Wand erscheinen und legte der gelehrten Versammlung die Frage auf, für welches Tier sie dieses Gebilde wohl halte. Er selbst sei der Meinung, es erinnere noch am meisten an einen „erschrockenen Papagei". Es wurde dann in Aussicht genommen, eventuell vom zoologischen Standpunkte aus gegen dieses Kind der Heraldik Protest einzulegen. Zwar dürfte die Kunst ziemlich freie Bahnen wandeln, aber auch vom Künstler verlange man, daß er gegen die Anatomie nicht geradezu ankämpfe. Das da sei unbedingt ein „zoologischer Unsinn". Durch die übertriebene Größe des Schnabels setze sich das Tier von vornherein darüber hinweg, für einen Adler gehalten zu werden. Auch seien Flügel und Schwanz derart gebildet, daß dies allen Gesetzen der Anatomie widersprechen. In der Versammlung, die von vielen führenden Zoologen Berlins besucht war, fand sich niemand, der für den neuen deutschen Reichsadler ein gutes Wort eingelegt hätte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200630019/fragment/page=0002

Halle und Umgegend.

Halle, den 30. Juni 1920.

Pferdeauktion.

Es ist kurz vor 11 Uhr vormittags. Die Sonne brennt glühend heiß auf den Städtischen Viehhof herunter, dessen Höfe von Pferdehändlern und Bauern wimmeln. Es soll eine Pferdeauktion stattfinden, veranstaltet von der Landwirtschaftskammer. Die Menge schiebt sich langsam durch die Pferdeställe hindurch, in denen eine dumpfe, feuchte Schwüle herrscht. Da stehen sie in langen Reihen, die Gäule, vom ½jährigen Fohlen bis zum 15jährigen Arbeitspferd, stramm gefüttert, wedeln mit ihren Schweifen nach den lästigen Fliegen und anderen Insekten, wiehern und schlagen unruhig mit den Hinterbeinen aus.

Die Listen in der Hand, auf denen Namen, Alter, Abstammung der 60 zur Versteigerung stehenden Pferde verzeichnet sind, durchschreiten die Käufer langsam die Ställe. Hier kann man Studien machen: meistens sind es mittelgroße, hagere, sonnverbrannte Bauern. Neben ihnen Pferdehändler, eine Gerte in der Hand. Auch solche, die behandschuht mit eleganten Gebißtücken fürsorglich durch die Ställe gehen, abgesondert von den übrigen. Hie und da Ontel-Bräsig-Gesichter neben rassigen Herrenreiter-Physiognomien.

Eine scharfe Stimme tönt durch den Stall: „Bitte, meine Herrschaften, auf dem hinteren Hof beginnt die Auktion.“ Man schiebt sich weiter, wird geschoben hinaus in die Hitze des Hofes. Herr Inspektor Kelter verliest die Auktionsbestimmungen, aber nur wenige verstehen ihn; der Lärm auf dem Hof ist zu groß. Und dann beginnt die Auktion. Nummer 1, ein junges Fohlen, wird vorgeführt. „Bahn frei!“ Name, Alter, Abstammung wird verlesen. Das scheue Tier trabt ängstlich an der Menschenmauer entlang. „Angebot!“ ruft der Auktionator mit lauter Stimme. 2000! Die Zahlen beginnen zu steigen: 2000, 2050, 2100, 2150, 2200, 2250, 2250 zum ersten, 2250 zum zweiten, 2300 . . . . Die Zahlen klettern endlos! Endlich ist das Pferd verkauft, für 5050 Mark. Das nächste Pferd wird vorgeführt. Zuerst die Fohlen, einjährige, zweijährige, dann die Arbeitspferde, Hengste, Stuten, Wallache in buntester Reihenfolge, Füchse, Grauschimmel, Apfelschimmel, alles, was man haben will. Die Preise, die geboten werden, sind ganz verschieden, je nach der Qualität der Tiere. 8300 Mk., 7000 Mk., 3300 Mk., 10 150 Mk., 11 000 Mk., 12 700 Mark, 9700 Mk., 4400 Mk., 9500 Mk., 7000 Mk., 5300 Mk., 6500 Mark, 7300 Mk.; so geht es in ewiger, eintöniger Reihenfolge.

Jede Höherbietung fängt der Ausbieter geschickt auf, kaum ein Angebot geht ihm verloren. Kommen hohe Sprünge in den Angeboten, z. B. von 5000 auf 8000 Mk., so lächelt alles verständnisinnig: Aha, das ist der Besitzer, der bietet! So plump darf man es eben nicht anfangen. Sehr häufig werden die Pferde von den Besitzern wieder zurückgekauft, die Angebote sind ihnen nicht hoch genug.

27 Pferde sind erst versteigert, und 60 sind es im ganzen. Schöne Aussichten! Da kann man noch bis ½4 Uhr in der Hitze schmoren. Und so wird es auch. An der Kasse herrscht schon ein reger Betrieb; die Berge von Geldscheinen häufen sich. Und auf dem Hofe hört man nichts als Zahlen, Zahlen! Für 1—2jährige Fohlen werden durchschnittlich 9000—11 000 Mk. geboten. Dreijährige Tiere werden meistens für 13 000 Mk. verkauft. Die Preise der Arbeitspferde steigen je nach der Schwere der einzelnen Tiere, von 13 000 Mk. an. In einer Gruppe wird lebhaft diskutiert. „In Buitstedt hat man Preisrückgänge bis zu 50 Prozent erlebt“, erklärt ein langer, sehniger Gutsbesitzer. „Nun, und hier! Ist es hier viel anders?“ entgegnet sein Nachbar, ein grobschrötiger Bauer.

Richtig ist, daß sich eine sinkende Tendenz der Preise durchgängig bemerkbar macht, wenn auch in milderer Form. Die Preise für Fohlen sind gegen früher durchschnittlich um 30 Prozent gefallen. Aeltere Pferde werden nur wenig gekauft, der Handel ist schleppend. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich unter den älteren Pferden viele geringwertige Tiere befinden. Alles in allem: Ein Preisrückgang ist deutlich festzustellen.

Betriebseinschränkungen der Straßenbahn.

Aus Ersparnisgründen werden bei der Straßenbahn vom 1. Juli ab folgende Betriebseinschränkungen vorgenommen:

1. Linie 7A (Hauptbahnhof—Seebener Straße über Walhalla) wird eingezogen. Die Strecke wird von Wagen anderer Linien in genügender Anzahl befahren.
2. Linie 9 wird nur noch bis Schönewitz zur Linde gefahren.
3. Linie 2 rückt um 10 Uhr abends ein und
4. Linie 4 wird von 9 Uhr abends nur bis zum Hallmarkt befahren.

Die Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Zu der Einigung zwischen den Aerzten und Krankenkassen wird von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt: Das Aerztesystem wird grundsätzlich der freien Vereinbarung zwischen Krankenkassen und Aerzten oder ihren Vertretern überlassen. Wo die freie Aerztewahl bereits besteht, muß sie aufrecht erhalten bleiben, sofern dadurch nicht die Leistungsfähigkeit der Kasse gefährdet ist. Bei der freien Aerztewahl kann der Kranke grundsätzlich jeden zugelassenen Arzt in Anspruch nehmen. In ländlichen, nicht industriellen Bezirken hat der Kranke einen der nächsten Aerzte zu Rate zu ziehen. Einen anderen zugelassenen Arzt kann der Kranke in Anspruch nehmen, falls er die dadurch entstehenden Mehrkosten trägt. Die Vergütung ist von der Kasse unmittelbar an den einzelnen Arzt zu zahlen. Sie beträgt nach Schiedsspruch vom 2. Juni 1920 für die Beratung in der Wohnung des Arztes 4 M. und für den Besuch in der Wohnung des Kranken 6 Mk. Für die übrigen Leistungen soll die demnächst zu erwartende neue preuß. Gebührenordnung gelten. Bis dahin wird auf die Sätze der vor dem Jahre 1914 gültigen preuß. Gebührenordnung ein Zuschlag von 150 Prozent, für Geburtenhilfen ein solcher von 400 Prozent gewährt. Die Festsetzung von Pauschalbeträgen bleibt der örtlichen Vereinbarung überlassen. Für die besetzten Gebiete sind zu den erwähnten Sätzen noch besondere Erhöhungen zu vereinbaren. Die neuen Sätze gelten vom 1. April 1920 ab. Die Wagengebühren, die die Entschädigung des Arztes für Zeitverlust und seine Barauslagen für Fahrgelegenheiten umfassen, werden für den Doppelkilometer bei Tage auf 6 Mark, bei Nacht auf 10 Mk. festgesetzt. In den Fällen, in denen dem Arzt das Fuhrwerk kostenlos gestellt wird, wird eine Gebühr für Zeitversäumnis von 2 Mk. bei Tage und 4 Mk. bei Nacht für den Doppelkilometer vergütet.

Die Rückwandererhilfe beginnt in dieser Woche mit einer zweiten Haussammlung zugunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen. Die erste hatte im September und Oktober vorigen Jahres stattgefunden, brachte jedoch bei weitem nicht die Mittel zusammen, die nötig sind, um den Vertriebenen aus der größten Not auch nur etwas herauszuhelfen. Wer irgend kann, zeichne einen Betrag in die Liste der Sammler ein, die in der nächsten Zeit vorsprechen werden.

50jähriges Jubiläum. Ein seltenes Fest feiern am 1. Juli Familie Rechnungsrat Jaeschke. Fräulein Anna Wahle kam am 1. Juli 1870 zu Herrn Amtmann Bieberstedt auf Ziethenhof bei Torgau und leitete daselbst den Haushalt. Nach dem Tode des Amtmann Bieberstedt blieb sie mit der Tochter Frau Martha Jaeschke geb. Bieberstedt zusammen. Die Jubilarin, die sich einer guten Gesundheit erfreut, steht im 71. Lebensjahre.

Dünger Holz gab es heute auf der Peißnitz bis zur Heide hinauf. Der gestrige Wirbelsturm hatte dürre und frische Aeste in großer Menge von den Bäumen gerissen, und Männer, Frauen und Kinder waren bald zur Stelle, die in Handwagen, Körben und Kiepen das Holz nach Hause führten. Alte Frauen mühten sich rechtschaffen mit langen Aststücken ab. Der Wert des so der ärmeren Bevölkerung zugute gekommenen Brennmaterials ist nicht unbeträchtlich. Auch Laub in großen Mengen wurde geerntet.

Provinzial-Nachrichten.

Notschrei aus dem Thüringer evangelischen Pfarrhause.

Man schreibt uns: In Reuß bezieht ein festangestellter Geistlicher, der 15 000 Mk. an seine Ausbildung wandte, fast 8 Jahre im Amte ist und Familie hat, noch heute, im Juni 1920, einen Monatsbezug von 98 Mark. Die Zahl achtundneunzig muß in Buchstaben wiederholt werden, weil sonst jeder an einen Druckfehler glaubt, umsomehr, als bei dem Betrage freie Wohnung und Teuerungszulagen mitgerechnet sind. Will die Kirche ihren Pfarrern mehr Gehalt zahlen, so mag sie borgen gehn! Der Staat gewährt ihr, obwohl er die längstbegehrte Abtrennung der Kirche hartnäckig verweigert, keine höheren Gehaltszuschüsse, erteilt ihr aber auch noch immr nicht das Steuerrecht. Bemerkenswert ist, daß in den Gemeinden derselben auf Hungersold gesetzten Pastorenfamilien die Wohlfahrtsausschüsse vor geraumer Zeit die Mindestsumme zum Leben können für eine einzelne männliche Person auf wöchentlich 300 Mk. und mehr festgesetzt haben. Wo bleibt hier soziales und gerechtes Denken?

? **Merseburg**, 29. Juni. (Der Präsident des Landeskulturamts Merseburg), Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Konrad v. Behr, legt am Mittwoch, infolge seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, sein Amt als Präsident des hiesigen Landeskulturamts nieder, das er 16½ Jahre verwaltet hat. Der Scheidende nimmt seinen künftigen Wohnsitz in Loschwitz-Dresden. Der Amtsnachfolger des scheidenden Präsidenten ist der bisherige Geheime Regierungs- und Vortragende Rat Bartenstein aus Berlin vom Preußischen Landwirtschaftsministerium, der aber erst Ende Juli das Amt antreten wird, weil er bis dahin beurlaubt ist. In der Zwischenzeit führt Ober-Regierungsrat Dr. Andresen die Präsidialgeschäfte des Landeskulturamts.

!! **Staßfurt**, 28. Juni. (Zuckerschieber.) Im Februar d. Js. wurden vier Waggon Rohzucker von der Zuckerfabrik Bleckendorf nach Mosigkau bei Dessau abgefertigt. Sie kamen auch auf dem Bahnhofe in Staßfurt an, doch blieb hier ein Waggon verschwunden und wurde während der kurzen Zeit seines Aufenthaltes auf hiesiger Station bei Seite geschafft. Es handelte sich um 300 Zentner Rohzucker. Die Eisenbahnbehörde setzte alle Hebel in Bewegung, des unbekannten Täters habhaft zu werden, konnte aber kein Licht in die dunkle Angelegenheit bringen. Sie verhaftete sogar einen Lokomotivführer, den sie sechs Wochen in Untersuchungshaft setzte, mußte ihn aber mangels Beweise wieder laufen lassen. Endlich scheint sich die Sache aufzuklären. Die Staatsanwaltschaft ließ den Spediteur Arndt und noch einige hiesige Kaufleute verhaften, die sie mit dem verschwundenen Zucker in Verbindung bringt. Die Verhafteten wurden nach Magdeburg ins Untersuchungsgefängnis abgeführt. Spediteur Arndt ist an der Schiebung nur indirekt beteiligt, indem er den Zucker abgefahren haben soll.

— **Dessau**, 29. Juni. (Der neue Reichstagspräsident Paul Löbe) arbeitete 1897 als junger Schriftsetzer in Dessau, und zwar in der Druckerei des Anhaltischen Anzeigers.

)(**Buttstädt**, 29. Juni. (Ueber den letzten Roßmarkt) sind in der auswärtigen Presse zum Teil unzutreffende Nachrichten verbreitet worden. Es waren allerdings mehr Pferde auf den Markt gebracht, als zu den vorhergehenden Märkten, und zwar meist aus Dänemark eingeführte dänische Pferde; der Auftrieb an Pferden erreichte aber nicht den vor dem Kriege weit stärker gewesenen Auftrieb. Nur auf dem oberen sehr stark von Zigeunerwagen besetzten Teil des Marktplatzes war der Verkehr beengt. Der Umsatz war ein reger und es sind Pferde für das Paar für mehr als 40 000 Mk. (45 000 und 41 000 Mk.) verkauft worden. Von einer Kaufunlust ist in Händlerkreisen nichts wargenommen worden und es ist auch nicht richtig, daß die prächtigsten Tiere schließlich zum Preise von 7000 Mk. losgeschlagen worden wären. Nur in geringeren Pferden waren Nachfrage und Umsatz nicht bedeutend.

Kunst und Wissenschaft.

Die Vereinigung der Studierenden am Konservatorium der Musik zu Leipzig führt am Sonntag, den 18. Juli, vorm. 11 Uhr im großen Saale des Konservatoriums eine Anzahl weltlicher Werke von Joh. Herm. Schein (1586—1630, von 1616 ab Thomaskantor) auf. Ausführende sind derzeitige und ehemalige Studierende des Konservatoriums. Günther Ramin, Organist an St. Thomä, wird dirigieren. Es gelangen zur Aufführung: Instrumental-Suiten und Canzonen (fünfstimmige Fuge) für Streichorchester aus dem „Banchetto musicale“ 1617 und Madrigale für 2—5 Solostimmen mit Instrumentalbegleitung aus dem „Venuskränzlein“ 1609 und der „Musica boscareccia“ — „Waldliederlein“ 1621/25. Die junge Vereinigung tritt mit diesem Konzert zum ersten Male mit einem selbständigen künstlerischen Unternehmen in die Oeffentlichkeit.

Vermischtes.

Grubenunglück.

WTB. **Zwickau**, 29. Juni. Heute vormittag stürzte bei der Erzgebirgischen Steinkohlenbau-Gesellschaft in Schedewitz, die einen neuen Kühlturm ausführen läßt, plötzlich die innere Rüstung dieses Turmes zusammen und riß die daran beschäftigten Arbeiter mit in die Tiefe. Zwei von ihnen waren sofort tot, zwei andere wurden sehr schwer verletzt und vier leichter verletzt.

Eine merkwürdige „Majestät“. Auf der Reeperbahn in Hamburg erregte ein Matrose T. berechtigtes Aufsehen. Er, der in der Blüte seiner achtzehn Jahre sonst sehr schlank war, hatte über Nacht plötzlich einen unförmlichen Leibesumfang bekommen. Ein Polizeibeamter war mißtrauisch und untersuchte den „dicken“ T. etwas näher, und siehe da — unter der Weste des Matrosen hatten sich dreifach weißleinene, mit roten Streifen versehene Fenstervorhänge einquartiert. Der nunmehr wieder schlank gewordene T. glaubt, die Gardinen von dem bekannten Unbekannten erhalten zu haben. Er wurde verhaftet.

Eine tollkühne Kletterpartie unternahm der 13jährige Knabe Reiche in der Zossener Straße 10 zu Berlin. Der Junge kletterte an der Außenwand des dortigen Fabrikgebäudes bis zum fünften Stock in die Höhe, dann am Giebel weiter, um einen Starkasten, in dem sich Junge befanden, auszunehmen. Der Knabe wurde schließlich aber vom Schwindel gefaßt und stürzte vom Dach in die Tiefe auf die Spitze eines Zaunpfahles. Die Feuerwehr befreite den Bewußtlosen und brachte ihn noch lebend nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus.

„Billig eingekauft“ hat die Kastenschutenschiffersfrau Sch. in Hamburg. Man traf sie mit zwanzig Pfund Speck und Zucker, die sie „unter der Hand“ für ganze 20 Mark gekauft haben will. Die Polizei sieht aber der Angabe unglaubig gegenüber, da die Ware mindestens das Zehnfache wert ist. Sie glaubt, daß es sich um gestohlenes Gut handelt und beschlagnahmte daher Speck und Zucker.

Letzte Depeschen.

Offizieller Wetterbericht der Saale-Zeitung.

Aus der heutigen Kabinettssitzung.

WTB. **Berlin**, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Das Kabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurf zu.

Fehrenbach im Reichsrat.

WTB. **Berlin**, 29. Juni. (Drahtnachricht.) In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates stellte sich der Reichskanzler Fehrenbach dem Reichsrat vor.

Einigung der Sozialdemokraten mit Fehrenbach.

N. **Berlin**, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, haben sich die Sozialdemokraten mit Reichskanzler Fehrenbach dahin geeinigt, daß ein Vertrauensvotum zwar nicht stattfinden wird, dafür aber eine Art Formel aufgestellt werden soll, und zwar so, daß der Reichstag die Geschäfte im Sinne der Reichsregierung weiterführt. Diesem Beschlußantrag werden auch die Sozialdemokraten beistimmen.

Hierzu erfahren wir von anderer Stelle weiter:

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Zwischen den Führern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen hat, wie wir hören, eine erste Besprechung über die Formulierung des Vertrauensvotums stattgefunden, das nach parlamentarischem Gebrauch den Abschluß der Aussprache über das Regierungsprogramm beenden muß. Es hat sich dabei ergeben, daß die äußerste Rechte und die Sozialdemokraten auf der Linken grundsätzlich nicht abgeneigt sind, eine Zustimmungserklärung gutzuheißen, die der neuen Regierung einen Rückhalt für Spa gibt. Ueber den Wortlaut der Erklärung wird nicht weiter zwischen den Parteien verhandelt.

Monatlich 1500 Mk. Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten.

WTB. **Berlin**, 29. Juni. (Drahtnachricht.) Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mk. bemessen.

Herabsetzung des Margarinepreises.

WTB. Berlin, 29. Juni. Der Abgabepreis für Margarine durch den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli ab von 21 auf 16 Mk. pro Kilogramm herabgesetzt worden.

Ausnahmezustand über Schleusingen.

WTB. **Berlin**, 29. Juni. Ueber den Kreis Schleusingen, Provinz Sachsen, ist der Ausnahmezustand verhängt worden.

Abflauen des Landarbeiterstreiks.

WTB. **Berlin**, 29. Juni. In der „Pommerschen Tagespost“ vom 25. Juni sind unter der Ueberschrift „Verschärfung der Lage im Landarbeiterstreik“ sowohl in einem vom Pommerschen Landbund an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung und den Reichspräsidenten gerichteten Telegramm als auch unter Drahtmeldung des Nachrichtendienstes des Pommerschen Landbundes Angaben über schwere Störungen der öffentlichen Ordnung in den Kreisen Lauenburg und Rummelsburg enthalten. Durch Rückfrage bei der zuständigen Stelle ist darüber folgendes festzustellen: Für den Kreis Lauenburg ist am Freitag, den 25. Juni eine tarifliche Vereinbarung zustande gekommen, die Arbeit soll im Laufe des 26. Juni wieder aufgenommen werden. Im Kreise herrscht Ruhe. — Im Kreise Rummelsburg ist ein Tarifvertrag noch nicht zustande gekommen. Die öffentliche Sicherheit wird durch Sicherheitspolizei aus Stettin geschützt. — Die Behauptung des Landbundes, daß die Provinzialbehörden bolschewistische Tendenzen fördern, ist daher unrichtig und nur geeignet, die vorhandene Spannung zu verschärfen.

Vom Erzberger—Helfferich-Prozeß.

N. **Leipzig**, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden, findet die Revision des Erzberger—Helfferich-Prozesses nicht am 19. Juli statt. Der Termin ist noch gar nicht anberaumt worden, da die Prozeßakten in Leipzig noch nicht vorliegen.

Ende des Danziger Hafenarbeiterstreiks.

N. **Danzig**, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Im Danziger Hafen ist der Streik beendet und die Arbeit heute früh wieder aufgenommen worden.

Der englische Oberkommissar von Danzig fährt nach Brüssel.

N. **Danzig**, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Oberkommissar Tower begibt sich heute abend nach Brüssel, um an der dortigen Konferenz der Alliierten teilzunehmen.

Der Prozeß gegen die „Kriegsverbrecher“.

Haag, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Alliertenkommission besprach heute die Schritte, die unternommen werden müßten, um den Prozeß gegen die von den Alliierten angeschuldigten sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig nicht unnötig lange hinauszuschieben.

Bauernaufstand gegen die Polen.

N. **Kopenhagen**, 29. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Laut Mitteilung des weißrussischen Pressebureaus ist der Passagierverkehr auf den Linien Minsk—Wilna und Minsk—Baranowitschi—Bialystok vollständig eingestellt. Diese Einstellung wurde durch Aufstandsbewegungen in jener Gegend seitens der Bauern gegen die Polen nötig. Die Aufständischen versuchten die Eisenbahnbrücken und Geleise zu zerstören. Die Eisenbahnbrücke über die Wersetschanke an der Linie Zoltar—Bobruisk ist bereits gesprengt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200630019/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Gau-Wettschwimmen.

Hallescher Schwimmverein von 1902 gewinnt die Gaumeisterschaft im Wasserballspiel.

Sämtliche Schwimmvereine des Staates Anhalt und des Reg.-Bezirks Merseburg trafen sich am Sonntag in Cöthen, um an diesem für Schwimmer neutralen Orte das Gauwettschwimmen abzuhalten und die Meisterschaft des Gaues im Wasserballspiel auszufechten.

Im Schwimmen — fast durchweg kurze Strecken — zeigte sich Halle den bewährten Dessauer Kräften noch nicht ganz gewachsen. Die Zeiten der Hallenser Schwimmer waren: 1. Jugendschwimmen 80 Meter: Willy Schmidt in 1 Min. 13⅗ Sek., 2. Knaben-Brustschwimmen 40 Meter: Erich Bauer in 41⅗ Sek., 3. Jugend-Brustschwimmen 200 Meter: Zweiter Fritz Engelhardt in 3 Min. 47⅗, Dritter Kurt Stollberg in 3 Min. 48 Sek. Aufregender Kampf mit dem besten Jugendschwimmer Graul-Dessau, der das Rennen nur mit ⅗ Sek. Vorsprung für sich entscheiden konnte. 4. Damen-Brustkraftstaffel 3 × 40 Meter: Charlotte Stöhr, Charlotte Sauer, Selma Friedrich in 2 Min. 13⅗ Sek. 5. Junior-springen: Walter Behrend Zweiter mit 32⅗ Punkten. Dritter Hugo Weber mit 31⅗ Punkten. Außerdem wurde dem Hall. S. V. von 1902 die Jugend-Lagenstaffel kampflos zugesprochen, da seine Gegner nicht antraten.

War bis dahin eine deutliche Ueberlegenheit unter den führenden Gauvereinen nicht festzustellen, so mußten solche Erwägungen bei dem Wettspiel um die Gaumeisterschaft ausscheiden. Hier gab es nur Siegen oder Unterliegen. Die Sieger der Vorzunde hatten sich in der Zwischenrunde gegenüber gestanden. Aus dieser hatten sich der S. V. Stillinge und der Hall. S. V. von 1902 für das Endspiel qualifiziert. Das Spiel begann unter niemloser Spannung bei zahlreichen sachverständigen Zuschauer. Bald war zu erkennen, daß Halle 02 besser ist. In der 3. Minute wird das erste Tor erzielt, dem bis zur Halbzeit kein weiteres folgt. Der Schiedsrichter hatte infolge des scharfen Spiels der Dessauer alle Hände voll zu tun. Aber auch in Halle kann sich nicht immer beherrschen. In der zweiten Hälfte wurden die Gegner reichlich nervös, während Halle immer sicherer spielte und durch Walter Karsch, Karl Karsch und Walter Behren noch sechsmal erfolgreich ist. Das Hallesche Tor wurde niemals ernstlich gefährdet. Halle 02 ist Gaumeister. Am nächsten Sonntag muß der junge Meister in Magdeburg zum Wettspiel in der Kreismeisterschaft antreten. Zu dieser wird es wohl noch nicht ganz langen. Jedenfalls wünschen wir der Mannschaft in diesen neuen Kämpfen, in denen sie unsere Vaterstadt vertritt, das Beste.

Für die Beförderung der Abstimmungsberechtigten nach Ost- und Westpreußen sind gewaltige Mittel erforderlich, namentlich da weder das Reich noch der Staat Gelder für die Abstimmung verwenden darf, das wäre Beeinflussung. Die Sportvereine für Leibesübungen haben es unternommen zur Aufbringung eines Teiles dieser Kosten sportliche Veranstaltungen zu treffen. Sie treffen sich am Mittwoch, den 30 Juni, nachmittags, auf dem Sportplatz am Zoo. Fußballklub Macker und V. f. L. 96. Am Montag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, findet in der Saalschlußbrauerei Konzert des Philharmonischen Orchesters, im großen Saal Niederrad-Kunstkahren, Boxen, Fechten, Ringen. Radballspiele, anschließend Tanz, sowie ein Großes Feuerwerk statt. Auf Massenbesuch wird gerechnet, daher der Preis für alle diese Darbietungen nur gering angesetzt ist. An alle anderen Vereine richtet die Arbeitsgemeinschaft für die Abstimmungsgebiete in Halle a. S. die Bitte, ähnliche Veranstaltungen zu treffen und den Reinertrag an diese abzuführen.

Die Erfolge der Zeppelin-Luftschiffe haben eine amerikanische Interessengemeinschaft veranlaßt, mit Vertretern der Zeppelin-Gesellschaft in Verbindung zu treten. Diese Verbindung ist jetzt von Generaldirektor Colsman und den Direktoren E. Dürr und O. Milatz, die in Newyork eingetroffen sind, aufgenommen worden. Bisher wurde ein Luftschiff L. Z. 125 zum Preise von 700 000 Dollar in Auftrag gegeben. Welches Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Zeppelin-Luftschiffe gesetzt wird, geht daraus hervor, daß sich bereits jetzt eine Reihe amerikanischer Kapitalisten mit dem Besitzer der Automobilfirma Henri Ford an der Spitze für die Errichtung einer Luftschifflinie Newyork—London—Berlin, für die vorläufig ein Kapital von 15 000 000 Dollars zur Verfügung steht, einsetzen. Zu diesem Zweck ist bereits die Errichtung von Zeppelin-Werken in Amerika in Erwägung gezogen. Aber nicht nur die Luftschiffe, sondern auch die deutschen Flugmaschinen haben in der neuen Welt Anklang gefunden. So erregte kürzlich ein von dem deutschen Erfinder Professor Hugo Junker hergestellter Aeroplan Aufsehen. Die Maschine, die vollkommen aus Metall besteht, ist unverbrennbar und bedarf keiner Drähte zum Spannen der Tragflächen. Das Flugzeug wurde mit großem Erfolge bei dem dritten panamerikanischen Aeronautischen Kongreß in Atlantic City von Professor Junker, der dem Kongreß als Delegierter beiwohnte, vorgeführt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hallesche Kaliwerke Aktiengesellschaft in Schlettau.

Die außerordentliche Generalversammlung, in der ein Kapital von 4 187 000 Mk. vertreten war, beschloß ohne Erörterung die beantragten Abänderungen des Statuts, die nur untergeordneter Bedeutung waren, zu genehmigen und das Grundkapital um 300 000 Mk. auf 6,7 Mill. Mk. durch Ausgabe von 6proz. Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht zu erhöhen. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1920 ab an der Dividende teil, erhalten von dem jeweiligen Jahresgewinn immer nur höchstens 6 Prozent und haben Anrecht auf Nachzahlung etwa rückständig gebliebenen Dividenden. Bei der Liquidation sind sie aus der Masse vorweg bis zu 115 Prozent zu befriedigen. Vom 1. Januar 1930 ab können sie auf Beschluß der Generalversammlung zu 115 Prozent ganz oder teilweise eingelöst werden. Hierbei ist die Zustimmung von ⅘ der anwesenden Aktionäre notwendig, jede Vorzugsaktie gibt aber dann auch nur eine Stimme. Vorher kann ebenfalls jede Generalversammlung mit einfacher Mehrheit den Rückkauf der Aktien zu 115 Prozent beschließen, aber dann haben die Vorzugsaktien das zehnfache Stimmrecht.

Wie der Vorsitzende Kommerzienrat Röchling zur Begründung dieses Beschlusses ausführte, hat in der Kaliindustrie eine starke Konzentrationsbewegung eingesetzt und nur noch ganz wenige Werke, zu denen auch die hallschen Kaliwerke gehören, befinden sich außerhalb der großen Konzerne. Hiermit habe die Verwaltung nach ihrer Ansicht die Interessen der Aktionäre am besten gewahrt, denn die Entwicklung der Verhältnisse habe ihr Rechte gegeben. Im Widerspruch zu vielen anderen Leuten der Kaliindustrie könne die Verwaltung in der Konzentration große Vorteile nicht erblicken. In erster Linie werden in ihr die Wirtschaftlichkeit des Betriebes nicht so gut gewahrt, als in dem kleineren Betriebe. Für das Fernbleiben der Gesellschaft der großen Konzerne spreche auch der Umstand, daß die Entwicklung der Gesellschaft sehr lange aufgehalten wurde und jetzt erst eingesetzt habe. Sodaß den, wie man feststellen könne, immer noch treu gebliebenen alten Aktionären, die sich jetzt bietende gute Verzinsung als Ersatz für die früheren Ausfälle gewährt werden soll. Es bestehe aber die Gefahr, daß plötzlich die Mehrheit der Aktien der jetzigen Verwaltung entwunden werden könnte, besonders durch Maßnahmen des Auslandes, das ohnehin schon sich eine große Beteiligung an deutschen Industrieunternehmungen gesichert hat. Nach Ansicht der Fachleute stehe man in Deutschland in dieser Hinsicht erst am Anfange der Entwicklung, und man glaube, daß für Rechnung des Auslandes deutsche Wertpapiere in großem Umfange erworben werden. Um dieser Gefahr der Ueberfremdung vorzubeugen, müsse man zur Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht schreiten. Diese werden in den Besitz eines aus drei Herren bestehenden Konsortiums zum Kurse von 105 Prozent übergehen, das verpflichtet wird, das Stimmrecht gemeinsam für alle Aktien nach einer von Vorstand und Aufsichtsrat zu erlassenden Weisung vorzunehmen.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Die in der Berichtswoche herausgekommenen Verfügungen der Reichszuckerstelle beschränken sich auf wenige Mengen Nachererzeugnisse und Melasse. Die Rohzuckerfabriken sind in der Erwartung einer frühzeitigen Rübenernte eifrig bemüht, die nötigen Vorbereitungen zur Aufnahme der Rübenverarbeitung zu treffen. Bei der bestehenden Zuckerknappheit und der dadurch drohenden Möglichkeit noch weiterer Herabsetzung der mit Eintritt des 1. Juli bereits überall zu kürzenden Zuteilungsmengen wäre es sehr angebracht, den neuen Zucker möglichst frühzeitig heraus zu bringen, damit eine neue Verkürzung nicht einzutreten braucht, was gerade im Hinblick auf die herannahende Einmachezeit für die Hausbaltungen besonders unangenehm sein müßte. Zur glatten und schnellen Abwicklung der noch herauszukommenden der ersten neuen Zucker zu erwartenden umfangreichen Geschäfte und zwecks Verteilung des gegen früher unverhältnismäßig hohen Risikos — die noch festzusetzenden Preise werden ein sehr bedeutendes Kapital für die Abwicklung beanspruchen — wäre es sehr angebracht, den Fachhandel wieder in erhöhtem Maße zur Mitarbeit heranzuziehen. Er würde einen großen Teil der finanziellen Lasten auf sich nehmen und sicherlich dazu beitragen, daß der freiwerdende Zucker schnell und glatt an die Verbraucher gelangt und die Hersteller in die Lage gesetzt werden, ohne die Einziehung allzu großer Bankschulden flott arbeiten zu können. Erreichen doch die notwendig werdenden Kapitalien die 25 bis 30fache Höhe der früher notwendigen Beträge. Dem Fachhandel würde es Dank seines eigenen Kapitals und des ihm zur Verfügung stehenden Kredits ein Leichtes sein, hier wieder wie ehemals ausgleichend und helfend, die Geschäfte weientlich fördernd, wirken zu können.

Am Raffinadmarkte ist das Geschäft wieder stiller geworden, nachdem die zur Ausgabe gelangten Bezugsscheine zur Einlösung vorgelegt worden waren. Die Raffinerien hatten mit den Ablieferungen vollauf zu tun. Ihnen standen sowohl genügender Kahnraum als auch geeignete Eisenbahnwagen zur Verladung zur Verfügung.

Die Weiterentwicklung der Zuckerrüben ist vom Wetter der letzten beiden Wochen wiederum begünstigt worden. Vor allem konnten die noch ausstehenden Feldarbeiten, Behacken und Verziehen der Rüben, flott gefördert werden. Allerdings wird in vielen Rübenbezirken dringend gründliche Anfruchtung als notwendig bezeichnet. Der in Pommern von neuem ausgebrochene Landarbeiterstreik ist naturgemäß geeignet, die Aussichten der Rübenernte in jenen Bezirken herabzudrücken.

Börsen-Stimmungsbild.

Berlin, 29. Juni. Auf der Börse herrschte auf den meisten Umsatzgebieten eine kaum noch zu überbietende Geschäftsstille. Die Kurse zeigten keine großen Veränderungen, vielfach waren sie nominell. Am Montanmarkt überwogen Abschwächungen bis zu 5 Prozent. Von Schiffahrtsaktien gaben Argo weiter nach, nämlich um 29 Prozent, während Hansa sich um 6 Prozent höher stellte. Lebhafte Umsätze erfolgten wieder in Petroleumwerten unter Bevorzugung von Deutsche Erdöl-Aktien, die den Kurs von 1100 streiften. Deutsche Petroleum-Aktien wurden zu 755 umgesetzt, sonst ist noch die Steigerung von Gebrüder Bähler-Aktien um 18 Prozent bei lebhaften Meinungskäufen hervorzuheben. Valutapapiere wurden im Zusammenhang mit einem mäßigen Anziehen der Devisenkurse höher bewertet. Mexikanische Anleihen gewannen 6 Prozent. Von Kolonialpapieren zogen Neu-Guinea und Otavi an. Auch Sloman wurde zu höheren Kursen gekauft. Am Anlagemarkt stellten sich preußische Anleihen zum Teil etwas niedriger. Das Geschäft blieb darin aber sehr still.

Devisenkurse.

Berlin, 29. Juni

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam—Rotterdam	1346,15	1348,85	1321,15	1323,85
Brüssel-Antwerpen	328,65	329,35	322,15	322,85
Christiania	626,85	628,15	629,35	630,65
Kopenhagen	611,85	613,95	611,85	613,65
Stockholm	841,65	843,35	834,15	835,85
Helsingfors	167,60	168,20	167,80	168,20
Italien	231,35	231,75	330,75	331,25
London	150,10	150,40	148,70	148,90
New York	37,70	37,80	37,45	37,55
Paris	313,70	314,30	306,70	309,30
Schweiz	668,30	690,70	679,30	680,70
Spanien	626,80	628,15	619,35	620,65
Wien (altes)	20,22	20,28	19,48	19,52
(Deutsch-Oest. abgest.)	26,02	26,08	25,72	25,78
Prag	87,15	87,35	86,65	86,85
Budapest	24,22	24,28	23,72	23,78
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 29. Juni. Hafer zeigte auch heute bei zurückhaltendem Angebot feste Haltung. Erbsen waren mehr befragt, teilweise lauteten die Preisforderungen über Notiz. Neue Viktoriaerbsen blieben auf spätere Lieferung angeboten. Peluschken und Ackerbohnen waren ruhig. Für Wicken trat vereinzelt Nachfrage ein. Von Lupinen waren feine Saatqualitäten in gelber und blauer Farbe sehr begehrt. Heu war ruhig. Stroh hatte ruhigeres Geschäft. Wetter schön.

Berlin, 29. Juni. Amtliche Notizen. (Preis für 1000 Klg. in Mark.) Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; loko: ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestation 2160 bis 2200. Tendenz fest.

Metallnotierungen.

Berlin, 29. Juni. (Preise für 100 Klg. in Mark.) Raffinade-Kupfer 1025 bis 1050. Original Hütten-Weich-Blei 425 bis 450. Remelted Platten-Zink 540 bis 550. Hütten-Rohzink 325. Orig. Hütten-Aluminium 2100. Banca, Straits, Billton-Zinn 3900 bis 4000. 99proz. Hütten-Zinn —. 99proz. Rein-Nickel 3690 bis 3800. Antimon (Regulus) 760.

Elektrolytkupfer. (Notierung d. Ver. f. dt. Elektr. Notiz.) 1590 Mk.

Ermäßigung der Preise für Maschinenbau- und Handelsgußeisen. Der Beirat des Vereins deutscher Eisengießereien beschloß, seinen Gruppen zu empfehlen, die Verkaufspreise für allgemeinen roben Maschinenbau- und Handelsguß um 10 Prozent vom 1. Juli d. Js. ab zu ermäßigen.

Weitere Kapitalserhöhungen. Die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke erhöhen ihr Grundkapital um 16 Millionen auf 25 Millionen Mark und Aufnahme einer 4½proz. Obligationsanleihe bis zur Höhe der Hälfte des Grundkapitals. Die Stenbaler Kleinbahn-A.-G. Erhöhung des Aktienkapitals um 2 270 000 Mk.

Kapitalserhöhung der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Die Verwaltung schlägt einer auf den 26. Juli einzuberufenden a. o. G.-V. die Erhöhung des Grundkapitals um 13 450 000 Mk. Vorzugsaktien mit Dividendenberechtigung vom 1. April 1920 an vor, die im übrigen den bisherigen Vorzugsaktien gleichgestellt sein sollen. Sie werden von einer Bankengruppe zu 120 Prozent mit der Verpflichtung übernommen, hiervon 11,5 Mill. Mk. den Vorzugsaktionären zu 125 Prozent im Verhältnis 1 zu 1 anzubieten. Ferner soll die Verwaltung zur Aufnahme einer 4½proz. zu 105 Prozent rückzahlbaren hypothekarischen Anleihe bis zum Gesamtbetrag von 18 Mill. Mk. ermächtigt werden unter Rückzahlung der noch umlaufenden Schuldverschreibungen der Gesellschaft. — Während der ganzen Kriegsjahrkonjunktur ist die Gesellschaft ohne Kapitalserhöhung durchgekommen, trotzdem ihre Betriebe weitgehend in Anspruch genommen waren. Die letzte Kapitalserhöhung auf 12,3 Mill. Mk. (11,5 Mill. Mk. Vorzugsaktien und 750 000 Mk. Stammaktien) war im Jahre 1905 durchgeführt worden. Nunmehr macht die Anspannung der Mittel, die mit der Steigerung der Unkosten und den Ausgaben für die Umstellung der Betriebe auf neue Fabrikationsarten (rollendes Eisenbahnmaterial) verbunden ist, die Verstärkung des Eigenkapitals nötig.

Deutsche Seefischerei, Akt.-Ges. in Kuxhaven. Die Gesellschaft erhöht, wie bekannt, ihr Aktienkapital um 3 auf 15 Millionen Mark. Sie wird die Vereinigten Hamburger Fischdampfer-Reedereien, eine sogenannte Partenreederei, übernehmen, womit die bisherigen Partenindaber sich einverstanden erklärt haben. Die Kuxhavener Akt.-Ges. tritt damit auch in die von der genannten Partenreederei mit der Reiherstieguerft abgeschlossenen Bauverträge über 20 neue Fischdampfer ein. Die Kapitalerhöhung wird von einer Gruppe unter Führung des Berliner Bankhauses Bleichröder durchgeführt, die die neuen Aktien, wie verlautet, zu 200 Prozent übernimmt und für je einen Schiffspart zwei der neuen Aktien gibt.

Kraftübertragungswerke Rheinfelden. Bei der Gesellschaft hat sich in 1919 ein Verlust ergeben, der 2 240 670 Mk. beträgt, wovon 1 200 000 Mk. aus den Reserven gedeckt werden, während der Rest als Unterbilanz vorgetragen wird. Im Vorjahr wurden aus 803 000 Mark Reingewinn 6 Proz. Dividende verteilt. Der Stromabsatz war recht befriedigend, obwohl infolge der Kohlenknappheit und durch behördliche Verfügungen die Dampfkraftwerke nur während weniger Tage gelegentlich von Wasseranschwellungen in Betrieb genommen werden konnten. Der Stromverbrauch der Textilindustrie beginnt nun langsam wieder den Friedensbetrag zu erreichen. Das Ergebnis hatte bekanntlich stark unter den Valutenverhältnissen zu leiden, da die Gesellschaft große Zahlungen in schweizerischer Valuta zu leisten hat.

+ **Wagengestellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S., den Stationen der Lauftser, Zschiplau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 28. Juni 1920 zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlen-Briketts, Nahrpreßsteinen und Braunkohlenkoks gestellt 5319, nicht gestellt 30 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Berliner Börse

vom 29. Juni 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	290,00
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	74,80	Chem. Heyden	297,00
5% Dtsch. Reichsanl.	79,70	Consolidation Schalk	605,00
4% „ „	72,90	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½% „ „	64,80	Daimler Motoren	201,00
3% „ „	63,20	Deutsche Luxemburg	266,50
4% Preuß. Konsols	70,60	Deutsche Erdöl	1100,00
3½% „ „	60,60	Deutsche Gasglühl.	500,00
3% „ „	55,20	Deutsche Kali	407,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	92,50	Deutsche Waffen und Mun.	331,50
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	97,00	Donnersmarckhütte	329,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—	Döring & Lehrmann	142,75
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	99,00	Dürrkoppwerk	434,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	99,50	Engelhardt-Brauerei	236,00
4½% Dess. Gas Oblig.	—	Elberfelder Farben	357,00
4½% Dessauer Gas Obl.	96,90	Felten & Guillaume	400,00
Ausländ. Werte:		Gasmotoren Deutz	170,50
4% Oesterr. Kronenrente	26,50	Gebhard & Co.	—
4% Ungar. Goldrente	55,50	Gebhard & König	215,00
4% Ungar. Kronenrente	28,60	Gelsenkirchen Berg.	284,00
Eisenbahn-Aktien:		Glauziger-Zuckerfbk	410,00
Halberst.-Blankenb.	80,00	Hallesche Maschfbk.	441,00
Halle-Hettstedter	68,50	Hann. Masch.	321,50
Schantungbahn	622,00	Harpener Berg	292,00
Allg. Lokal-Str.	—	Hasper Eisen	576,00
Gr. Berl. Str.	136,00	Hirsch Kupfer	247,00
Magdeburger Str.-B.	145,00	Höchster Farbwerke	347,00
Prinz-Heinrich-B.	425,00	Hoesch Eisen u. Stahl	328,00
Orientbahn	172,00	Hohlohe Werke	162,00
Schiffahrts-Aktien:		Humboldt Masch.	295,00
Hambg. Paketfahrt	180,13	Ilse Bergbau	315,00
Hambg. Südamerika	231,25	Kahla Porzellan	334,00
Hansa-Dampfschiff.	324,75	Kaliw. Aschersleben	358,00
Nordd. Lloyd	175,25	Körbisd. Zucker-Akt.	381,00
Bank-Aktien:		Kyffhäuserhütte	169,25
Bank l. Thür.	155,00	Lahmeyer & Co.	169,75
Berl. Handelsges.	213,00	Lauchhammer	276,00
Commerz-Diskontobank	167,00	Laurahütte	195,75
Darmstädter Bank	155,00	Linke & Hofmann	306,00
Dessauische Landesbank	—	Ludwig Loewe & Co.	260,00
Deutsche Bank	271,50	Lothringer Hütte	246,00
Diskonto-Comm.	206,37	Mannesmannröhren	324,00
Dresdner Bank	172,87	Masch.-Fabr. Buckau	235,00
Leipzig. Credit-Anst.	152,25	Oberschl. Eisenb.-Bd.	180,12
Mitteld. Kreditbank	145,00	do. Caro Heg.	239,50
Mitteld. Privatbank	—	do. Kekswerke	410,00
Nationalbank	146,25	Orenstein & Koppel	241,00
Oesterr. Kredit	92,50	Phönix Berg	397,00
Reichsbank	149,87	Rhein. Metall-Vorz.	301,00
Industrie-Aktien:		Rhein. Stahlwaren	310,50
Schultheiss-Brauerei	239,00	Riebeck. Montan	271,00
Akt. f. Anilin	326,50	Rombacher Hütten	246,50
Allgem. Elektr. Ges.	271,50	Rositzer Braunk.	310,00
Ammendorfer Papierfabrik	574,00	Rositzer Zucker	195,00
Anhalter Kohlenw.	201,00	Sangerhäuser Masch.	412,00
Annaberger Steingut	352,00	HugoSchneider A.-G.	237,00
Badische Anilin	425,00	Schuckert & Co.	166,00
Bergmann Elekt. Akt.	202,00	Siemens & Halske	292,50
Berl. Masch.-Bau	215,00	Stettiner Chem.	290,00
Bismarckhütte	450,50	Stettiner Vulkan	200,00
Bochumer Gußstahl	250,00	Stollberger Zinkh.	240,00
Chem.-Fabr. Buckau	376,00	Strals. Spielkarten	329,00
		Thale-Eisenhütte	369,50
		Triptis Porzellan	205,50
		Türk. Tabakregie	—
		Ver. Köln-Rottweiler	249,50
		Ver. Glanzstoff	910,00
		Wegelin & Hübner	145,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	589,50
		Wittener Gußstahl	915,00
		Wrede Mälzerei	140,50
		Zeitzer Masch.	—
		Zellstoff Walthof	298,00
		Otavi-Minen	762,00

Tendenz: unregelmässig.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 29. Juni 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	217,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	125,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	143,00
Mansfelder Gewerkschaft	2650,00
Portland, Zementfabrik Halle	141,50
Prehlitzer Braunkohlen	1100,00
Priorit.	1550,00
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella, f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Milbert. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke. Eine Krankheit ist Schwäche, Geist, nicht Geist, aber rein Volke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200630019/fragment/page=0004